

Baumeister-Landsgemeinde 1974

Autor(en): **Risch, Gaudenz**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Schweizerische Bauzeitung**

Band (Jahr): **92 (1974)**

Heft 36

PDF erstellt am: **12.07.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-72444>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

8. Schlussbemerkungen

Die Erfahrungen, die in den vergangenen zwei Jahren beim Einsatz des Distometers bei zahlreichen Bauwerken gesammelt wurden, zeigen, dass das geschilderte Messverfahren den Bedürfnissen der Baupraxis entgegenkommt. Selbst unter erschwerten Bedingungen kann eine hohe Genauigkeit mit wenig Aufwand an Zeit und Material (auch von angeleiteten Hilfskräften) erzielt werden. Fehlerquellen wurden schrittweise eliminiert und der Bedienungskomfort soweit als möglich erhöht. Dies bildet eine wichtige Voraussetzung für eine breite Anwendung dieses Messsystems.

Baumeister-Landsgemeinde 1974

(Fortsetzung von Heft 34, SS. 796–797)

Konjunktur- und Wirtschaftspolitik aus der Sicht des Bundesrates

Den Teilnehmern der Generalversammlung 1974 waren die Auffassungen und Postulate wohl grösstenteils bekannt, welche Präsident *Messmer* schon seit Ende 1972 (Einführung der Konjunkturdämpfungsmassnahmen) deutlich und wiederholt kundgegeben hat. Sie richteten sich nicht zuletzt auch an die Adresse des Bundesrats. Die Baumeistergilde folgte daher mit gespannter Aufmerksamkeit der Stellungnahme von Bundespräsident *Ernst Brugger*, der sich als Chef des Volkswirtschaftsdepartements auch ex officio mit den Nöten der Bauwirtschaft zu befassen hat. Dass sich die Zuhörerschaft selbst bei der Unvermeidlichkeit konträrer Meinungsäusserungen sehr loyal verhielt und manchem «kontradiktorischen» Kernsatz aus dem Munde *Messmers* oder *Bruggers* gleichermassen Beifall zollte, ist in Anbetracht eines heute oft sturen Oppositionsdranges besonders zu anerkennen.

25 Jahre konjunktureller Aufstieg

Bundespräsident *Brugger* erinnerte an die eindrückliche wirtschaftliche Entwicklung unseres Landes in der Nachkriegszeit. Während eines 25 Jahre währenden konjunkturellen Aufstiegs hat sich das Bruttosozialprodukt verdreifacht, der Export verfünffacht, und das durchschnittliche reale Einkommen konnte um gut das Zweifache gesteigert werden. Innerhalb einer Generation ist der Wohnungsbestand verdoppelt worden. Dies alles und einiges mehr (z.B. unser internationales Dienstangebot) ist Eigenschaften und Fähigkeiten zu danken, die wir hier nicht eigens herausstellen möchten.

Wetterleuchten

Doch – so der bundesrätliche Sprecher – die *jüngste Vergangenheit* hat zu ungewohnten Belastungen geführt, die uns mit der Frage des wirtschaftlichen Wachstums, den Grenzen des Wohlstands und den konkreten Gegebenheiten des Verzichts konfrontieren. Die Umstellung fällt dem Schweizer schwer, im bisherigen Glauben, uns könne auf wirtschaftlichem Gebiet überhaupt nichts passieren. Ohne Arbeitslosigkeit, Rezessionen oder gar Krisen während des letzten Vierteljahrhunderts zu kennen, haben wir uns daran gewöhnt, die gelegentlichen Schwierigkeiten in einigen Regionen oder Betrieben geradezu als unschweizerisch anzusehen. Selbst heute noch, wo untrügliche Gewitterzeichen aufziehen, glauben wir, die wirtschaftliche Schönwetterlage werde sich von selbst wieder einstellen. Vor diesem Dräuen kann uns der Vorwurf eines *Mangels an Einsicht* nicht erspart werden für die fundamentalen wirtschaftlichen Realitäten, welche die Entwicklungschancen unseres Landes bestimmen,

Literatur

- [1] *R. De la Cruz* and *R. Goodman*: The borhole deepening method of stress measurement. International Symposium on the Determination of stresses in the Rock Masses, Lisbon 1969.
- [2] *F. Stüssi*: Baustatik I. Birkhäuser-Verlag, Basel und Stuttgart 1962.
- [3] *H. Ziegler*: Mechanik I. Birkhäuser-Verlag, Basel und Stuttgart 1962.

Adresse der Verfasser: Dr. *K. Kovári*, *Ch. Amstad* und Prof. *H. Grob*, Institut für Strassen- und Untertagebau an der ETH Zürich (ISETH), Clausiusstrasse 33, 8006 Zürich.

DK 061.2:69

dafür auch, dass uns zur Befriedigung materieller Bedürfnisse einzig zur Verfügung steht, was wir produzieren und leisten, dass wir nicht einfach von der Hand in den Mund leben können und schliesslich, dass man mit *Symptomkorrekturen* nicht mehr durchkommt.

Globale Notstände

«Es ist realistisch, wenn wir zur Kenntnis nehmen, dass die Weltwirtschaft durch die neue Situation auf dem Rohstoff- und Erdölmarkt, die zudem noch durch eine weltweite Inflation gekennzeichnet ist, vor Herausforderungen gestellt wird, wie wir sie nach dem Zweiten Weltkrieg nicht mehr erlebt haben». Es sind diese «echten Notstände», fährt der Sprecher fort, die dazu führen, dass immer mehr Nationen – es sind nicht nur die rohstoffarmen Entwicklungsländer – in wirtschaftliche Schwierigkeiten geraten, weil ihre Rohstoffimporte nicht mehr gesichert sind und ihre Zahlungsbilanzen aus den Fugen geraten. In solcher Notlage bringen protektionistische Einzelaktionen keine Lösung der Probleme. Sie verletzen – mindestens dem Geiste nach – internationale Abmachungen und provozieren Gegenmassnahmen, die schliesslich das aufgebaute freie Weltwirtschaftssystem in Frage stellen müssten.

Unsere Hauptaufgabe sieht der Vorsteher des Volkswirtschaftsdepartements darin, für die *liberalen Bedingungen* in den Weltwirtschaftsbeziehungen – solche braucht unsere Exportwirtschaft und auch die mit dieser eng verflochtene Binnenwirtschaft – einzustehen, das bis heute Erreichte zu konsolidieren und gegen jeden Wirtschaftsprotektionismus anzutreten, der vor allem die kleinen Länder schwer treffen würde.

Aktive Konjunkturpolitik

Das heisst aber auch, dass wir in der Schweiz eine aktive Konjunkturpolitik betreiben müssen – eine Feststellung, von der Bundespräsident *Brugger* annimmt, sie werde gerade in der Bauwirtschaft nicht besonders gern gehört werden. Letztlich geht es aber uns allen (auch den wirtschaftspolitisch verantwortlichen Behörden) um den *Fortbestand unserer freien, wettbewerbsorientierten Wirtschaftsordnung*, der wir immerhin sehr viel zu danken haben. Kein Zweifel, eine ungebremste Inflation und der Niedergang unserer Wettbewerbsfähigkeit im Innern und nach aussen wären auch dem freien Unternehmertum keineswegs zuträglich, und ein durch die Verhältnisse forciertes Strukturwandel würde unsere Klein- und Mittelbetriebe vor schwere Probleme stellen!

Rückgang der Bautätigkeit

Angesichts der Verdüsterung des bauwirtschaftlichen Horizonts drängen sich dem Bundesrat *konjunkturpolitische Folgerungen* zur Lage und zu den Aussichten auf dem

Baumarkt auf: Die Anzeichen einer fühlbaren Abschwächung der Nachfrage und der Beschäftigung im Baugewerbe mehren sich. Die Planungsstufe ist zum Teil bereits unterbeschäftigt. Zusehends wird auch das Ausbaugewerbe die Stagnation zu spüren bekommen. Auf einen Rückgang der Bautätigkeit lassen auch die Abnahme der Baukredite, die geringeren Offertvolumen, die erteilten Wohnbaubewilligungen, die gewerblich-industriellen Planvorlagen und der Zementverbrauch schliessen.

Hinsichtlich der einzelnen *Baukategorien* rechnet der Bundesrat mit einem um etwa ein Sechstel bis ein Fünftel zurückgehenden *Wohnbauvolumen* (auf Grund der Bewilligungen im zweiten Halbjahr 1973), mit einer sich pro 1974 noch mindestens im Vorjahresrahmen haltenden *öffentlichen Bauaktivität*, mit einer um 10 bis 20 Prozent reduzierten *Erstellung gewerblich-industrieller Bauten*. Diese drei Komponenten, auf die rund 95 Prozent der gesamten Baunachfrage entfallen, lassen einen *realen* (nicht nominellen) Rückgang der Bautätigkeit 1974 von schätzungsweise 6 bis 10 Prozent erwarten. Er dürfte im zweiten Halbjahr stärker ausfallen als im ersten. Genauerem Aufschluss über die kurzfristige Entwicklung ist aus der Jahreserhebung des Delegierten für Konjunkturfragen zu erwarten, deren erste Ergebnisse demnächst vorliegen werden.

Neue strukturelle Gegebenheiten

Der von den Marktkräften ausgelöste Baurückgang macht deutlich, dass die überhöhte Bautätigkeit der letzten Jahre künftig nicht aufrechterhalten werden kann. «Wir sind heute vor allem mit einem langfristigen Wachstums- und Strukturproblem konfrontiert und nicht mit einer Folgeerscheinung der Konjunkturdämpfung» – stellt Bundespräsident Brugger nachdrücklich fest. Zur jetzigen *Wende am Baumarkt* wäre es früher oder später auch ohne dringliche Bundesbeschlüsse gekommen. Ohne bremsende Konjunkturmassnahme wäre die Fahrt ins Wellental zwar etwas später, aber um so rasanter erfolgt. Für diese These verweist Brugger auf die fundamental veränderten Wachstumsbedingungen, für die er im sinkenden Bevölkerungszuwachs, in den vom Arbeitsmarkt her begrenzten Investitionsmöglichkeiten und im Finanzengpass der öffentlichen Hand einige Indizien nennt. Auf *neue strukturelle Gegebenheiten* wird sich auch die Bauwirtschaft ausrichten müssen. Der Bundespräsident hält es jedenfalls – und hierin richtet er sich unmissverständlich an die Adresse des Baumeisterverbandes – für falsch und ungerecht, den Behörden vorzuwerfen, sie hätten mit den Konjunkturbeschlüssen die Trendumkehr am Baumarkt provoziert. Unzutreffend wäre es nach Bruggers Ansicht mithin auch zu glauben, dass sich die Lage der Bauwirtschaft, die im übrigen nicht dramatisiert werden dürfe, mit der Aufhebung der dringlichen Bundesbeschlüsse grundsätzlich ändern würde. (So mag denn auch mancher Bauunternehmer heute froh sein, eine Baute ausführen zu können, die beispielsweise im Boomjahr 1972 verschoben worden ist.) Unser Volkswirtschaftsminister teilt *nicht* die Auffassung des Baugewerbes, wonach die bisherigen konjunkturpolitischen Interventionen ein Fehlschlag gewesen seien. Immerhin sei es gelungen, die Geldmenge in den Griff zu bekommen, dem Preis vermehrt die Rolle eines Steuerungsfaktors zurückzugeben und aus der Spitzengruppe im Teuerungszug ins Mittelfeld zurückzufallen. Unerwünschte Nebenwirkungen hätten nur ausgeschaltet werden können, wenn der inflationäre Auftrieb rechtzeitig und mit global wirkenden Instrumenten gedämpft worden wäre. Der *neue Konjunkturartikel* sollte die verfassungsmässige Basis liefern, um dieses Ziel zu erreichen. Nach der Überzeugung des Referenten kann auf die *Lenkungs-funktion des Baubeschlusses* so lange nicht verzichtet werden, als der Bund gezwungen ist, eine *restriktive Geldpolitik* zu

betreiben. Diese Stellung zu räumen würde die Glaubwürdigkeit im Kampfe gegen die Teuerung arg beeinträchtigen. Deshalb darf die Kreditpolitik nicht nur aus der Sicht der Bauwirtschaft beurteilt werden. Wenn sie in den Sog des Strukturwandels geraten ist, so steht sie nicht etwa allein da. Dieser hat die meisten Wirtschaftszweige und zudem weite Bereiche des ausserwirtschaftlichen und gesellschaftlichen Lebens erfasst. Wenn diese Änderung auch schmerzlich ist, muss doch bedacht werden, dass das Bekenntnis zur Marktwirtschaft die Bereitschaft in sich schliesst, auch in Zeiten rückläufiger Geschäftstätigkeit den freien Wettbewerb und den damit verbundenen Zwang zu akzeptieren, sich den veränderten Rahmenverhältnissen anzupassen.

Keine Panik

Trotz den mindestens auf kürzere Sicht nicht sehr rosigen Zukunftserwartungen wäre es nach der Überzeugung Bruggers nicht angebracht, in eine Panikstimmung zu verfallen. Befürchtungen wegen einer ernsthaften Krise sind schon deshalb nicht am Platz, weil sowohl im Privatwohnungsbau wie im gewerblichen Baubereich noch grosse Aufgaben bevorstehen. Ferner wird der Bund im Rahmen des neuen Wohnbauförderungsgesetzes zusätzliche Impulse im preisgünstigen Wohnungsbau auslösen. Daneben besteht noch ein sehr grosser Bedarf der öffentlichen Hand nach Bauleistungen (in den nächsten fünf Jahren sollen öffentliche Bauvorhaben in der Grössenordnung von rund 66 Milliarden Fr. realisiert oder in Angriff genommen werden). Im Rahmen der Raumplanung und des Umweltschutzes wird sich die Bautätigkeit ebenfalls beleben. In den neu auszuhandelnden Vereinbarungen zwischen dem Bundesrat und den Kantonsregierungen soll eine *Harmonisierung* der öffentlichen Baunachfrage angestrebt werden. Zur Stabilisierung des Baumarktes ist ein Plan zum schrittweisen Abbau der Restriktionen auf dem Baumarkt entwickelt worden, der weitgehend den Vorstellungen und Forderungen der Bauwirtschaft entspricht.

Vor allem ist heute dafür zu sorgen, dass die beschränkte, für Bauzwecke verfügbare Kreditmenge den volkswirtschaftlich dringenden Baukategorien zugeleitet wird, wobei die Prioritäten teils etwas anders gesetzt werden müssen. Daneben kommt auch den sozialpolitischen Zielen, wie der Erhaltung von älterem, gutem Wohnraum und dem Neubau preisgünstiger Wohnungen, weiterhin Bedeutung zu. Mit den vorgesehenen Lockerungen soll die Entwicklung schrittweise in die Lage bei Marktfreiheit hineingeführt werden. Man wird aber beweglich sein müssen, und zwar sowohl in der Bestimmung des Kreditplafonds, der Mindestguthaben, des Emmissionsvolumens wie in der Bemessung des Härtekontingentes. Hier werden die Prioritäten hauptsächlich auf der Stützung des Tiefbaus und des öffentlichen Hochbaus, der Rationalisierung in Gewerbe und Industrie sowie auf der finanziellen Sicherstellung der Projektierung bis zur Ausführungsreife liegen.

Einsicht und Vernunft

Es wir immer zu den heikelsten Aufgaben der Politik gehören, die marktwirtschaftlichen Gesetze und die Gewerfreiheit auf der einen Seite und die Bedingungen für die wirtschaftliche Entwicklung und die Befriedigung der sozialen Bedürfnisse auf der anderen Seite unter einen Hut zu bringen. Um alle diese Zusammenhänge zu erkennen – äussert der Chef des Volkswirtschaftsdepartementes abschliessend –, braucht es sehr viel Einsicht und Vernunft. Nicht nur bei den Regierenden und den Führern unserer Wirtschaft, sondern auch bei unserem Volk, ohne dessen Mehrheit diese Probleme gar nicht gelöst werden können. Inflationsbekämpfung

fordert Opfer von *allen* Gruppen, und dieses Ziel kann nicht über Ideologien und Polarisierungen, auch nicht durch «kämpferische Rhetorik», sondern nur durch Information, Einsicht und Vertrauen erreicht werden. Von dieser Haltung sind wir noch weit entfernt. 25 Jahre Hochkonjunktur haben uns nicht einsichtiger gemacht und den Willen zu solidarischem Handeln nicht gestärkt. Oder noch deutlicher: «Man fordert, man bekämpft, man geht in die Opposition, schlägt Türen zu und wähnt sich in der Existenz bedroht, wenn im übergeordneten Interesse ein Verzicht verlangt wird. Man verketzert den Staat und ruft diesen sofort um Hilfe, wenn die erste Bisluft weht. Wir haben in unserem Land eine Virtuosität der Interessenvertretung entwickelt, deren Durchschlagskraft eindrücklich ist, und wir setzen ein grosses Mass an Intelligenz und Energie ein, um die Forderungen der einzelnen Erwerbsgruppen zu begründen und durchzusetzen. Wer aber auf etwas verzichten sollte, sieht sich als Opfer schreiender Ungerechtigkeit».

Die Zukunft bauen

Unser Grundsatz der *Ordnung in der Freiheit* setzt die Fähigkeit voraus, dass wir die grösseren Zusammenhänge sehen und den Überblick wahren. «Ich hoffe», so schloss Bundespräsident Brugger, «dass diese Überlegungen es vielen von Ihnen erleichtern werden, Verzicht und Einschränkungen nicht nur als Belastung zu sehen, sondern als *notwendigen*

Beitrag zur förderlichen Erhaltung der Lebenskraft unserer politischen und wirtschaftlichen Ordnung. 'Werde Maurer – baue Deine Zukunft' gilt für uns alle!». G. R.

Nachschrift des Verfassers

Nach Erscheinen des ersten Teiles dieses Berichtes (H. 34, S. 796) hat ein Leser vehement gegen den «Unfug» protestiert, eine Vereinsversammlung als «Landsgemeinde» zu bezeichnen. Wir anerkennen dieses staatsbürgerliche Empfinden als berechtigt und schätzenswert. Mit der altehrwürdigen Landsgemeinde, an der sich die Bürger ihre Gesetze geben oder die Träger der Ämter wählen, hatte die Generalversammlung 1974 des SBV nur etwas vielleicht gemein: den *Ernst* der Existenzfrage in unserem Baugewerbe. Dass es sich in Luzern nicht um die Manifestation von Zweckpessimismus gehandelt hatte, zeigt die Entwicklung in der schweizerischen Bauwirtschaft – einer volkswirtschaftlichen Schlüsselposition – leider täglich.

Sollten auch andere Leser den von uns zuwenig bedachten Begriff «Landsgemeinde» anstelle von «Generalversammlung» deplaziert finden, bitten wir sie, in diesem Falle ein doppeltes Nachsehen walten zu lassen: Des Zusammenhanges wegen sind wir nämlich gezwungen, den vorstehenden zweiten Teil unserer Berichterstattung ebenfalls mit «Baumeister-Landsgemeinde 1974» zu überschreiben. Pater peccavi!
Gaudenz Risch

«Der Fortschritt und sein Preis»

Von Prof. Dr. Karl Schmid †, Bassersdorf ZH

DK 061.2:69

Auf den dem Jahrestreffen der Baumeister folgenden 17. Mai waren die Mitglieder der *Handelsgenossenschaft des Schweizerischen Baumeisterverbandes (HG)* zur 75. Generalversammlung im Jubiläumsjahr 1974 ebenfalls nach Luzern geladen. Über die imposante Entwicklung dieser genossenschaftlichen Selbsthilfeorganisation des Baugewerbes, die stets einen wesentlichen Einfluss auf eine marktgerechte Gestaltung der Materialpreise ausgeübt hat, kann hier nicht näher eingegangen werden.¹⁾

Beide Festanlässe in der Leuchtenstadt zeichneten sich aus durch solenne Ansprachen zweier Persönlichkeiten, denen in unserem Lande auf ihren verschiedenen Wirkungsgebieten besonderes Gewicht zukommt: Bundespräsident *Ernst Brugger* und Prof. Dr. *Karl Schmid*.

In seiner Jubiläumsansprache mit dem Titel «Der Fortschritt und sein Preis» verglich *Karl Schmid* eindrücklich die Welten von 1899 (dem Gründungsjahr der HG) und von 1974. Leider müssen wir uns auch in der Wiedergabe dieser zur Besinnung auf uns als Mensch und Staatsbürger führenden Rede mit einer Kurzfassung begnügen. Dass uns dies teils zur Preisgabe der Kohärenz in der Gedankenfolge und in der sprachlichen Fassung zwingt, ist uns dabei schmerzlich bewusst (die Ansprache ist in «Hoch+Tiefbau», Nr. 40/1974 im Wortlaut erschienen). G. R.

*

Anhand von Fakten zeigte *Karl Schmid* Gegensätze zwischen der Welt vor 75 Jahren und der heutigen Zeit auf. Im Zahlenspiel scheint dabei die gute alte Zeit besser abzuschneiden. «Weil weniger Bewilligungspflicht, weniger Verwaltung, weniger Staat – aber mehr Möglichkeiten der Entfaltung und der Initiative, mehr Freiheit».

Auf der andern Seite sprechen allerdings für die heutige Welt:
– Vollbeschäftigung ist seit Jahrzehnten selbstverständlich.
– Der Lebensstandard ist 1974 unvergleichlich viel höher als vor 75 Jahren.

¹⁾ Eine vollständige Berichterstattung über die Entwicklung der HG ist in der Spezialnummer 2/1974 der Zeitschrift «Hoch+Tiefbau» erschienen. Über den Verlauf des Jubiläumsfestes wurde in Heft 39/1974 derselben Zeitschrift rapportiert.

- Die medizinischen Möglichkeiten haben die Lebenserwartung von 46 auf 71 Jahre gesteigert.
- Mittelschulen und Hochschulen stehen heute praktisch allen Befähigten offen.

Eindrückliche Beweise des Fortschritts. «Wie glücklich muss dieses Geschlecht von 1974 sein!» würde ein Zeitgenosse von 1899 ausrufen, wenn er in unsere heutige Welt versetzt würde. Dieser Fortschritt werde aber von der jüngeren Generation oft bagatellisiert. Sie fragt die Älteren nach dessen Sinn. «Ihr könnt Leistungserfolge vorweisen, aber ihr habt freudlose, dem Leben entfremdete, tote Seelen...»

Die Jugend setze sich ab. Spott über diese Entwicklung sei billig, Zorn zu leicht. «Steht denn bei diesen 30- bis 60jährigen, den Vätern, die die Dinge jetzt in der Hand haben, wirklich alles zum Besten?»

«Unser Mann von 1899 sähe für uns heute die Bedingungen des Glücks gegeben. Aber über dieses Gelände der Wohlfahrt und des Wohlstandes ziehen nun eben Schwaden des Unbehagens; sie steigen wie aus feuchtem Boden auf.»

Unsere Nation stehe vor unzähligen Problemen. «Ein erster Grund für das Unbehagen mag darin liegen, dass der Einsatz der Nation heute kaum klar gesetzten Zielen, meist lediglich Modifikationen des Bestehenden gilt.» Professor Schmid erinnerte an die Kriegsjahre 1939–45 und fuhr fort:

«Jetzt aber sind wir in einer unbehaglichen Flaute. Der stetige Fortschritt wirkt sich darin aus, dass Herausforderung des Neuen durch das Alte, des Unrigen durch das Fremde unterbleibt. Wo Zuwachs- und Indexprozentage im Mittelpunkt des Denkens stehen, geraten die Ziele aus den Augen.»

Durch die kontinuierliche Entwicklung scheine die Schweiz erstarrt. Immer mehr Regierungsakte seien Resultate von Vernehmlassungsverfahren. «Der Fortschritt der Demokratisierung in der Willensbildung sollte aber nicht dazu führen, dass die Zielsetzungen hinter Stapeln von demoskopischen Umfragen unsichtbar werden.» Alles nehme man bei uns eher in Kauf als Opposition. Wohl sei diese Erscheinung nicht bloss auf die Schweiz beschränkt. Aber in einem Kleinstaat artikuliere sich manches rascher und beängstigender als anderswo.» So stelle sich denn heute die Frage nach dem